



Tagespiegel

Der Reichskanzler ist am Dienstag abend 5.30 Uhr von Genf abgereist, nachdem er kurz zuvor über 200 Vertreter der internationalen Presse empfangen hatte. Der Kanzler erklärte, der Friedenswille des deutschen Volkes sei sehr ernst, ebenso seine Forderung nach gleichem Recht. Die deutsche Regierung halte an der Forderung fest, daß im Interesse des allgemeinen Friedens das Abrüstungsbeispiel Deutschlands von den andern nach so vielen Jahren befolgt werde. Darüber bestehe in Deutschland nur eine Meinung. Der Zeitpunkt sei gekommen, vor der ganzen Menschheit die Forderung auf Abrüstung und Vereinigung der politischen Zustände zu erheben — der Augenblick sei jetzt für die Staatsmänner da, mutig und schnell die Folgerungen zu ziehen. Die Presse möge dafür sorgen, daß der Mut für eine klare Bahn in der ganzen Welt gefunden werde.

Die Rede des Reichskanzlers in Genf wird von der Berliner Presse im allgemeinen zustimmend besprochen und ihr tieflicher Ernst ohne weiteres anerkannt. Der „Abend“ nennt sie „stark pazifistisch“. Eine Reihe von Blättern vermischt Wichtiges in der Rede. Daß Deutschland „Wehrlosigkeit“ verlange, wenn die Abrüstung nicht zustande komme, sei mit keinem Wort erwähnt. Die französischen Scheinverträge und die neue herausfordernde Rede Lardieus hätten offen zurückgewiesen werden müssen. Von der Kriegsschuldfrage sei nichts zu hören gewesen.

Botschafter von Höfch hatte am Dienstag vormittag eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, die sich auf wirtschaftliche Fragen bezogen haben soll.

Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat Henderson zum ersten und den Griechen Politis zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Vom 2 bis 8. Februar sind 967 vorstädtische Kleinrieder- und 2355 Kleingartenstellen, zumeist in Sachsen, vom Siedlungskommissar bewilligt worden. Auch in Württemberg und Baden sind die Arbeiten gut vorangeschritten.

Der Reichslandbund hat es abgelehnt, dem Sahn-Ausschuss für die Hindenburgwahl beizutreten.

Das Landgericht Berlin hat die Nationalsozialisten Graf Heldorf, den Stabschef Ernst und 20 weitere Angeklagte, die beschuldigt waren, an den Ausschreitungen gegen Juden am Kurfürstendamm beteiligt gewesen zu sein, freigesprochen. 18 Angeklagte erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs je 6 Monate Gefängnis.

In der Braunkohlengrube Finkenheerd bei Frankfurt a. O. wurden zwei Bergleute durch einfallende Sandmassen getötet.

Es steht nunmehr fest, daß Mussolini am 11. Februar in Begleitung des italienischen Botschafters beim Vatikan dem Papst einen Besuch abstatten wird.

Das britische Unterhaus hat einen Misstrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Regierung Mac Donald mit 438 gegen 39 Stimmen abgelehnt. 30 liberale Abgeordnete haben sich zugesagt, um die Schutzvorschläge der Regierung zu bekämpfen.

Der Völkerbundsrat behandelte am Dienstag abend wieder den japanisch-chinesischen Streit.

Der französische Abgeordnete Cachin (Comm.) hat den Finanzminister Lalande schriftlich um Auskunft ersucht, ob es wahr sei, daß Frankreich Japan eine (Kriegs-)Anleihe von mehreren hundert Millionen Franken gegeben habe oder gebe.

Die Wuluna-Forts wurden am Dienstag erneut beschossen. 19 Granaten sollen in die Fremdenniederlassung gefallen sein.

Der frühere japanische Finanzminister der Mif-ko-Partei. Inoue wurde auf dem Weg zu einer Vernehmung durch drei Schüsse getötet. Der Mörder ist verhaftet.

6 041 000 Erwerbslose

Berlin, 9. Febr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16.—31. Januar 1932 hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Monats Januar erheblich langsamer als im vorigen Berichtsdrittteil zugenommen, sie überschritt jedoch erstmals die Sechsmillionsgrenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte.

Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000, in der Arbeitslosenversicherung rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsbetrug rund 1,7 Millionen. Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger rund 1,7 Millionen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger gegenüber.

Der große Tag in Genf

Neun Punkte der Amerikaner

Rede Gibsons

Genf, 9. Febr. In der heutigen Volksversammlung der Abrüstungskonferenz im Völkerbundsrat ergriff zunächst der stellvertretende Führer der amerikanischen Abordnung, Botschafter Gibson, das Wort. Er erklärte:

Amerika wird nichts unversucht lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. Man muß kleinliche Sonderinteressen vergessen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinstreben; Amerika hält die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig und unentschuldigbar. Niemand kann bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand kann bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das amerikanische Volk betrachtet die Fortdauer dieser Zustände als ein Versagen der Staatsmänner. Die Zeit ist vorbei, wo die Weltvölker dieses Versagen lange ruhig mit ansehen. Das Betrüben und die Militärbündnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, sind nicht in stande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern haben im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte leiden. Das System der Antikriegsverträge beschränkt die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf 1. die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern und 2. die Verteidigung der Landesgrenzen.

Amerika hat von den Vorschlägen Lardieus und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung hat keinen neuen, allumfassenden Plan. Aber sie befürwortet folgende Punkte:

1. Zugrundelegung des Konventionenentwurfs für praktische Verhandlungen unter völliger Bereitschaft, zusätzliche Vorschläge zu erörtern;
2. Verlängerung der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens;
3. Proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind;
4. Abschaffung der Tauchboote;
5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen;
6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung;
7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz;
8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen;
9. Begrenzung der Ausgaben für Material, damit nicht in der Qualität um die Werte gekürzt werde, wenn in der Quantität Begrenzung vereinbart ist.

Reichskanzler Brüning spricht

Nach Gibson hielt Reichskanzler Dr. Brüning seine mit Spannung erwartete Rede:

Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, einen Vorgang von einzigartiger und weltgeschichtlicher Bedeutung darstellt. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt; denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicheren und veredelten Formen zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Es soll nicht mehr jedes Land allein über seine Rüstungen bestimmen, sondern die Art und der Umfang der Rüstungen sollen durch gemeinsame Verhandlungen aller Staaten vereinbarlich festgelegt werden. Das Friedenswert, das mit der Gründung des Völkerbunds eingeleitet werden sollte und durch spätere Akte, wie den Kelloggspakt, weitergeführt wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgebankens als seiner naturgemäßen Vollendung und Krönung. Die vereinbarte, freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Kriegs, die den Wiederaufbau der Welt stören, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkriegs in ihrem Lebensmarkt getroffene Menschheit zu neuer Gesundheit und neuem Aufstieg emporzuführen. Unseren Frontkämpfern von ehedem steht das Bild des Weltkriegs in seiner ganzen Furchtbarkeit unverwischt und unverlierbar vor Augen. Wenn es unserer Generation, der Generation der alten Kriegsteilnehmer, nicht gelingt, ein

Bollwerk gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen, die die Verhinderung des Kriegs wohl als Ideal, aber nicht so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden?

Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste und wesentliche Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirchen, der Arbeiterkassen und, besonders bedeutungsvoll, der Frauen haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht. Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Weg zu erreichen. Der neue Wille zum Frieden muß daher die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Weg als Mittel der nationalen Politik bewußt außer Rechnung stellen.

Jeder muß mit ehelichem Gewissen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbundsvertrag vorgezeichnete Minimum nur irgendwie senken kann. Daher begrüßen wir die Gesinnung, die vor einiger Zeit der leitende Staatsmann einer Großmacht (Mussolini) zum Ausdruck gebracht hat, indem er sich bereit erklärte, sein Land bis auf 10 000 Gewehre abzurüsten, vorausgesetzt, daß keine andere Nation mehr behält.

Daher: fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu halten und die des Nachbarn so viel wie möglich herabzudrücken. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Auslegung der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Restriktionen zu sichern und sie ändern zu nehmen. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unseligen Zustand des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrecht zu erhalten.

Bei allen internationalen Bemühungen um Beseitigung der Not der Gegenwart ist immer und immer wieder die Erkenntnis zum Ausdruck gekommen, daß die erste Voraussetzung die Wiederherstellung des Vertrauens ist. Nun, hier haben wir die Gelegenheit, diese Voraussetzung ganz zu erfüllen. Die Abrüstung kann eine Realität schaffen, die wie nichts anderes das Vertrauen der Völker zu stärken vermag. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Zuständen und den übertriebenen, ungleichen Rüstungen. Die Welt darf nicht daran zugrunde gehen, daß die Staatsmänner den Mut nicht finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Inneren tragen, entschlossen und einmütig zu verwirklichen. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem eine besondere Verantwortung auf Grund einer der Welt gegebenen feierlichen Zusage.

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkriegs bei Vorlegung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbunds betrachtet werden müsse. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Abrüstung die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie also mit der Verantwortung der Staatsmänner für die Sicherheit des eigenen Landes nicht in Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinn liegt. Läßt sich nicht überdies der Artikel 8 des Völkerbundsvertrages, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt und der für die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit offen, bei der Bestimmung des Mindestmaßes der Rüstungen jedes einzelnen Staates den Erfordernissen der nationalen Sicherheitsbedürfnisse Rechnung zu tragen?

Es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße, denn der Grundsatz des Völkerbunds ist die Gleichberechtigung.

Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortliche zu tun, um im Sinn der Verkündung des Abrüstungsgebankens und entsprechend ihren im Völkerbundsvertrag niedergelegten Grundfäden diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entschlossenheit die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Bewill-



mächtigen sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Ziels zu betreiben.

Die deutsche Abordnung kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionstext nehmen, den die Vorbereitende Abrüstungskommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lächerlich und schweigt über wesentliche Punkte. Die deutsche Abordnung behält sich vor, zu gegebener Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und den in neuen Vertragswerken, insbesondere dem Kellogg-Pakt, erfolglos Versucht auf den Krieg durch Verbot und besondere Beschränkung aller der Waffen Rechnung zu tragen, die vorzugsweise dem Angriff dienen. Nur solche Maßnahmen, die Kern und Wesen der Rüstungen treffen, können die letzten Ziele dieser Konferenz verwirklichen: Allen Staaten ihr Recht auf gleiche Sicherheit zu gewährleisten.

Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen sachlicher Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre. Vorschläge allerdings, die eher einer Umgehung als einer Verwirklichung des von den Völkern erwarteten Konferenzziels dienen könnten, würden auf die sachliche Kritik und den pflichtmäßigen Widerstand aller derer gefaßt sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Generationen gegenüber sich für ein gerechtes und lebensfähiges Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Senfer Arbeiten laut geworden ist. Aber es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu überlegen. Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgends in der Welt würde das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden als in Deutschland. Denn das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen.

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als ein vollberechtigtes und voll verpflichtetes Mitglied des Völkerbunds und dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmissverständlicher Art, wie sie im Völkerbundspakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geist weitgehender

Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unerbittlicher Energie diesem Ziel zustreben.

Genf, 9. Febr. Nach der Rede des Reichskanzlers gab der Vertreter Brasiliens, Soares, eine Erklärung ab, daß Brasilien bereit sei, sich an den Abrüstungsarbeiten zu beteiligen.

Der italienische Außenminister Grandi wird Mittwoch vormittag den italienischen Standpunkt darlegen.

Bülow drängt auf Behandlung der Memelfrage

Genf, 9. Febr. Staatssekretär v. Bülow hat heute dem Generalsekretär des Völkerbunds folgende Note überreicht: Den Mitgliedern des Rats ist bekannt, daß der Herr Reichskanzler Dr. Brüning im Namen der deutschen Regierung eine ernste und änkertlich dringliche Angelegenheit des Memelgebiets vor dem Rat anhängig gemacht und um eine sofortige Sitzung des Rats zu diesem Zweck gebeten hat. Zu meinem großen Bedauern kann die Angelegenheit nicht in der heutigen Ratssitzung verhandelt werden, weil kein bevollmächtigter Vertreter der litauischen Regierung in Genf anwesend ist. Ich möchte heute zum Ausdruck bringen, daß meine Regierung die Anwesenheit für so wichtig und dringlich hält, daß diese keinerlei Aufschub mehr duldet. Sollte daher die Frage der Teilnahme eines bevollmächtigten Vertreters der litauischen Regierung nicht unverzüglich geklärt werden, so muß ich mir vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen. Ich bitte, diesen Brief sogleich zur Kenntnis des Rats zu bringen.

Günstiger Eindruck der Rede Brünings

Genf, 9. Febr. Die Rede des Reichskanzlers, deren Verlesung eine halbe Stunde in Anspruch nahm, hat einen starken Eindruck in allen Kreisen der Konferenz gemacht. Die Rede wurde von den großen Nachrichtenbüros teilweise im vollen Wortlaut aufgenommen und nach dem Ausland übermittelt. Als Dr. Brüning die Rednertribüne bestieg, wurde er durch allgemeines Händeklatschen begrüßt. Wiederholt wurden die Ausführungen von der Versammlung mit Beifall unterbrochen, insbesondere an den Stellen, wo er sich gegen die Verfälschung des Abrüstungsgeankens wandte. Die Ablehnung der französischen Vorschläge wurde mit hinreichender Deutlichkeit ausgesprochen. Zum Schluß gab es wieder herzlichen Beifall.

Neue Nachrichten

Die Lage in China

Schanghai, 9. Febr. Die Chinesen haben den englischen Vorschlag, die Front um ungefähr 25 Kilometer zurückzuziehen, abgelehnt. Bankiers, Geschäftsleute und Hausbesitzer des Stadtteils Tschapei, die am meisten unter den Kriegshandlungen gelitten haben, sollen dem chinesischen Heer, das Tschapei verließ, eine halbe Million Silberdollars versprochen haben, falls es seine Front um 35 Kilometer nach rückwärts verlege.

Die Japaner haben bei ihrem fünften erfolglosen Angriff auf die Wufung-Forts am Montag starke Verluste erlitten. Am Dienstag wurden bei Wufung weitere 2500 Japaner getötet. Auch ein Bataillon französischer Infanterie aus Tientsin ist in Schanghai an Land gesetzt worden.

Der japanische Finanzminister soll gegen die Abwendung weiterer Truppen nach China Einspruch erhoben haben, da die nötigen Mittel nicht verfügbar seien.

Interessante Zahlen zum Tardieu-Plan

Die deutsche und die französische Luftfahrt

Berlin, 9. Febr. Der hessische Gesandte in Berlin, Ruff, der Berichterstatter für die Heeresausgabe im Reichsrat, beschäftigt sich in der „Germania“ mit dem französischen Abrüstungsplan, der u. a. die Internationalisierung der Zivil-Luftfahrt und das Verbot des chemischen Kriegs vorschlägt. Ruff stellt die Zahlen der deutschen und der französischen Zivil-Luftfahrt gegenüber.

Deutschland besitzt 713 Zivilluftzeuge, darunter 210 Personen- oder Frachterflugzeuge des gewerbsmäßigen Luftverkehrs und 277 reine Leichtflugzeuge (unter 75 PS-Motorleistung). Der Rest besteht aus Sportflugzeugen. Der mittlere Wert der deutschen „Zivilluftflotte“ ist gleich Null.

Demgegenüber verfügt Frankreich zurzeit mindestens über 889 Zivilluftfahrzeuge und 428 Personen- oder Frachterflugzeuge. Nach den amtlichen Angaben des französischen Luftfahrtministers vom Frühjahr 1930 verfügt die

französische Republik außerdem über 2800 Militärflugzeuge ohne Einrechnung der Reservebestände.

Die Ausgaben betragen in Deutschland in den letzten vier Jahren 177,7 Millionen Mk. In Frankreich betragen sie für Militär- und Zivilluftfahrt insgesamt 1159,6 Millionen Mk.

Zu dem Vorschlag eines Verbots des chemischen Kriegs schreibt Ruff, daß in Frankreich zurzeit 14 staatliche Fabriken und 25 größere Privatwerke für die Herstellung von Pulver und Sprengstoffen arbeiten. Die Fabrikation von Gasstoffsäuren in den staatlichen Betrieben Frankreichs ist geheim. In mindestens fünf staatlichen Fabriken werden derartige Stoffe hergestellt. Dazu kommen noch 24 Privatwerke. Frankreich hat zurzeit eine Rüstungsindustrie, die im Frieden bei weitem den eigenen Bedarf übersteigt. Deshalb ist Frankreich das erste Ausfuhrland für Rüstungsartikel nach europäischen und überseeischen Ländern.

Die Strafanträge im Favag-Prozess

Frankfurt a. M., 9. Febr. Der Staatsanwalt stellte im Favag-Prozess folgende Strafanträge: Gegen Direktor Lindner 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe; gegen Schumacher 2 Jahre Gefängnis und 16 000 Mark Geldstrafe; gegen Mädie 3 Jahre Gefängnis und 32 000 Mark Geldstrafe, außerdem Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre; gegen Saurebrei 4 Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe; gegen Kirchbaum 3 Jahre Gefängnis und 12 000 Mark Geldstrafe, sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre; gegen Fuchs 3 Monate Gefängnis.

Frankreich soll von seiner bisherigen Handelspolitik abgehen

Paris, 9. Febr. Dem Senat ist heute ein Initiativantrag von Senator David und Genossen zugegangen, der eine Abkehr von der bisherigen handelspolitischen Einstellung Frankreichs verlangt. Zunächst wird gefordert, daß die Regierung geeignete Maßnahmen treffen möge, um Frankreich wieder in die Lage zu setzen, frei über seinen Zolltarif bestimmen zu können. Den Ländern, die nach Frankreich einführen, soll vorgeschlagen werden, sie mögen eine ihrer eigenen Ausfuhr nach Frankreich entsprechende Menge französischer Erzeugnisse abnehmen. Die Europa-Konferenz soll die industrielle und landwirtschaftliche Erzeugung sämtlicher europäischen Länder an der Vorkriegserzeugung überprüfen und ordnen.

Errichtung von Freihäfen in Großbritannien?

London, 9. Febr. In Großbritannien sollen, wie „Daily Herald“ berichtet, mehrere „Freihäfen“ errichtet werden, um womöglich die mindestens 64 Millionen Pfund Sterling zu retten, die der Wiederausfuhrhandel dieses Jahres einbringt und die durch die Schutzpolitik der Regierung bedroht seien. Die Regierung werde binnen kurzem mitteilen, daß in einer Anzahl von Häfen keine Zölle erhoben werden sollen, falls die fraglichen Güter wieder nach dem Ausland verkauft werden.

Württemberg

Der botanische Unterricht an der Technischen Hochschule Stuttgart

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In den Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß nach Mitteilung von „unterrichteter Seite“ ein Beschluß vorliegen soll, vom nächsten Semester ab an der Technischen Hochschule keinen botanischen Unterricht mehr zu erteilen und das botanische Institut und den botanischen Garten aufzuheben. Diese Mitteilung ist unrichtig. Das botanische Institut und der botanische Garten der Technischen Hochschule werden aufrechterhalten. Dagegen soll die Professur für Botanik, die durch den Weggang des Professors Dr. Harder nach Göttingen am 1. April d. J. erledigt wird, nicht mehr ständig besetzt werden. Im Zusammenhang mit den allgemeinen Sparmaßnahmen, von denen auch die Hochschulen nicht verschont werden können, wird zurzeit noch geprüft, in welchem Umfang der Unterricht in Botanik an der Technischen Hochschule fortgeführt werden soll. Auch wenn dieser Unterricht in Zukunft eingeschränkt werden muß, wird dafür Sorge getragen werden, daß er in einer Übergangszeit von zwei Jahren noch in gleichem Umfang wie bisher fortgesetzt wird, so daß die an der Technischen Hochschule Studierenden ihr Studium ohne Einschränkung fortführen können.

Stuttgart, 9. Februar.

Arbeitsmarktlage im Arbeitsmarktbereich Stuttgart. Am 15. 1. 32 waren im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart 10 496 Ar-

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein.
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W 30.
22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Als Ursula wenige Minuten später wieder bei den Herren erschien, um sie zu einem kleinen, schnell bereiteten Imbiß ins Esszimmer herüber zu bitten, da war sie aufs freudigste überrascht, Fred so heiter zu sehen. Ein warmes Gefühl des Dankes für die freundliche Zügung dieses Zusammenfindens der Freunde überkam sie, und seit langem zum ersten Male begann es ihr selbst wieder leicht ums Herz zu werden. Unter frohem Scherzen gingen alle drei zu Tisch. Aber doch vergaß sie nicht, beim Niedersehen Fred leise bittend zuzurufen: „Aber bitte, Freddy, nur ein Glas!“

Drencks Stirn umwölkte sich sofort wieder, und etwas ärgerlich erwiderte er, ohne die Stimme zu dämpfen: „Ja, ja! Sei nur ohne Sorge!“

Als die Gläser dann gefüllt waren, hielt Drenck den Kelch mit dem herben Totaier dem Gast lächelnd entgegen: „Also nochmals herzlich willkommen! Und auf recht häufiges Wiedersehen hier in unserem Hause!“

Rednig tat ihm Bescheid und hob, sich verbeugend, das Glas gegen Frau Ursula.

„Wenn gnädigste Frau gestatten — von Herzen gern!“

„Ich bitte darum, Herr v. Rednig.“ Ursula ließ ihren Kelch an den seinen klingen und sah ihm voll ins Gesicht. „Machen Sie uns recht, recht oft die Freude!“

Und Rednig leerte sein Glas. „Aber hoffentlich werden wir doch auch in der Stadt öfter mal zusammenkommen.“

Sie verfahren doch in der Stadt?“ fragte er, sich an die Hausfrau und dann zu dem Freund wendend.

„Einige Besuche haben wir ja gemacht, aber die Sache kommt nicht recht in Gang.“

„Na, das soll nun anders werden!“ versicherte Rednig. „Gnädigste Frau dürfen sich doch nicht langweilen. So'n bißchen ländliche Ruhe ist ja ganz schön, aber nur nie zu viel des Guten! Nicht wahr?“ wandte er sich lächelnd an die junge Frau.

„Ach, um meinwillen — ich käme wohl schon drüber hinweg!“ „Aber mein Mann! Für ihn wäre es wirklich ein Glück, wenn wir einen netten Verkehr bekämen.“

„Na, Ursel, dir könnte es, weiß Gott, auch nichts schaden!“ In einer warmen, herzigen Aufwallung klopfte ihr Drenck die auf dem Tische ruhende Linke. „Biel hast du ja auch nicht vom Leben!“

Um Ursulas Mund spielte ein schmerzliches Zucken, was dem heimlich beobachtenden Besucher nicht entging. Er ahnte die Situation: Die arme, kleine Frau! Sie möchte es wirklich nicht leicht haben an Drencks Seite. Und plötzlich kam eine gutmütige, freundschaftliche Regung über ihn, hier den guten Engel zu spielen, dem armen Teufel, dem Drenck mit seinem verpfuschten Leben nach Möglichkeit über die Misere hinwegzuhelfen und seiner wirklich allerliebsten kleinen Frau. Die war doch, weiß Gott, zu schade, als daß sie hier verkümmern sollte! Was er vorhin, mehr um nur etwas Angenehmes zu sagen, so hingesprochen hatte, das wurde jetzt bei Rednig ein wirklich fester Entschluß.

„Fred hat ganz recht. Wir müssen etwas für Sie tun. Und passen Sie auf: ich bringe die Sache in Schuß. Ich habe so meine kleinen Meriten als Betriebsdirektor; nicht wahr?“ lachte er vergnügt zu dem Freund hinüber. „Und

wir wollen gar keine Zeit verlieren. Aber acht Tage haben wir einen Gesellschaftsabend mit Damen — das ist die beste Gelegenheit, mit den Herrschaften ein bißchen warm zu werden. Wenn Sie uns also die Ehre geben wollten.“

Frau Ursula sah zögernd auf den Gatten; aber der griff begeistert den Gedanken auf.

„Aber natürlich! Mit heilem Dank akzeptiert! Eine tadellose Idee von dir — komm her, darauf müssen wir anstoßen!“

Es geschah, und Fred trat in seiner frohen Stimmung, alter Gewohnheit folgend, sein Glas mit einem Zuge leer. Ursula sah es mit leilem Erschrecken, aber sie schwieg. Sollte sie ihm gerade in diesem Augenblick mit einer Warnung wieder die Laune verderben?

Rednig begann von anderweitigen Plänen zu erzählen, einem Junggesellen-Raffee, den er auf seiner „Bude“ (übrigens drei sehr behaglich eingerichteten Barconräumen), veranstalten wollte, und sogar von einem Kostümfest. Er wußte so überzeugend alles zu entwickeln, daß sich schließlich Ursula von ihm erwärmen zu lassen begann.

Wie lange war es her, daß sie kein Fest mehr besucht hatte, daß sie einmal so recht von Herzen froh gewesen war! Ach ja, das mühte wohlstun, so einmal wieder hinweggehoben zu werden, über den grauen Alltag!

„Wenn nur aus all Ihren schönen Plänen etwas werden wollte!“ seufzte sie leise, mit geheimem Zweifel zu Rednig hinüberschauend. „Wer weiß, was da vielleicht wieder dazwischen kommt!“

„So pessimistisch?“ lachte Rednig und fuhr übermütig fort: „Gnädigste Frau müssen sich eben erst mal eine Weile meiner bewährten Führung anvertrauen. Da werden Sie alle Grillen gründlich los, garantier' ich!“ (Fortf. folgt).



beitslosenunterstützungsempfänger vorhanden. Bei den Männern ergibt sich ein Zugang um 1031, bei den Frauen ein solcher um 6 Personen. Stand am 30. Januar 1932: 9321 männliche und 2212 weibliche, zusammen 11 533 Arbeitslosenunterstützungsempfänger. In der Krisenunterstützung standen am 15. 1. 32 10 043 Personen. Bei den Männern ergibt sich ein Zugang um 355, bei den Frauen ein solcher um 50 Personen. Stand am 30. Januar 1932 8937 männliche und 1511 weibliche, zusammen 10 448 Krisenunterstützungsempfänger. Insgesamt ergeben sich unter Hinzurechnung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger 21 981 Unterstüzungsempfänger. Davon entfallen auf Groß-Stuttgart 14 103 Unterstüzungsempfänger. Am Ende der Berichtszeit waren 46 568 Stellensuchende vorgemerkt.

Der Vorort des Württ. Handwerkskammertags ist mit sofortiger Wirkung auf die Handwerkskammer Stuttgart übergegangen.

Beschäl- und Fohlsengel auf den staatlichen Beschälplätzen. Die Zentralstelle für die Landwirtschaft hat mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums für die Beschälzeit 1932 das von den Stutenbesitzern vor dem ersten Decken der Stuten zu entrichtende Beschälgeld auf 10 Mk. festgesetzt. Außerdem ist von den Stutenbesitzern ein Fohlsengel von 5 Mk. zu entrichten. Für die Besitzer der in das Stutenbuch des Württ. Pferdezuchtvereins eingetragenen Stuten wird das Beschälgeld auf 7 Mk. ermäßigt. Das auf den staatlichen Beschälplätzen zum Anlauf kommende Beschäl- und Fohlsengel ist in mindestens gleicher Höhe auch von den Privatstutenbesitzern zu erheben, die patentierte Hengste zum Decken fremder Stuten verwenden.

Landesversammlung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratische Partei Württemberg-Hohenzollern hält hier am 27. März (Ostermontag) ihre Landesversammlung ab.

Jahresversammlung der Gärtnereibesitzer. Die diesjährige 28. ordentliche Hauptversammlung des Landesverbands Württemberg im Reichsverband des Deutschen Gartenbauvereins fand am Montag (1. März) in der Villa Borghese in Bad Wimpfen statt. Die Beschlüsse betrafen die allgemeine Wirtschaftslage, die in der Gärtnereiwirtschaft erwartet werden könne. Geschäftsführer Haug-Stuttgart erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß der Landesverband Württemberg 1040 Mitglieder zählt. Es folgten dann verschiedene Referate.

Ersatz für eine verbotene Zeitung. Im Lauf des vierzehntägigen Verbots der „Südd. Arbeiterzeitung“ erschienen als Ersatz für das Verbot eine ganze Reihe von Betriebs- und Stadtteilzeitungen, die die Lösungen der Kommunistischen Partei und ihre Forderungen in die Reihen der Arbeiter trugen. Die „Südd. Arbeiterzeitung“ nennt u. a. folgende Ersatzzeitungen: „Roter Gemeindegewerkschafter“, „Schwarze Seite“, „Rote Linse“, „Rote Mercedes“, „Heseler Beobachter“, „Rote Kämpfer im Westen“, „Weg frei“, „Rote Sturmfront“.

Falsch im Schnee. Heute früh hat überraschend Schneefall eingesetzt. Nun ist die Landschaft wieder in ein Winterkleid gehüllt.

Stuttgart, 9. Febr. Verhaftung internationaler Einbrecher. In der Schweiz ist ein internationales Einbrecherpaar, die Brüder Hermann und Otto Klöpfer aus Freiburg i. Br. verhaftet worden. Hermann Klöpfer hat am 10. August 1930 einen Mordversuch an dem Direktor des Hotels Waldhaus Dolder in Zürich, Caspar Opr, begangen. Klöpfer wurde dabei durch zwei Schüsse, die Opr auf ihn abgab, im rechten Unterarm und in der linken Gehirnhälfte getroffen. Beide Augen hat er noch im Körper. Er reiste dann mit Hilfe seines Bruders nach Stuttgart und ließ sich hier von seiner Schwester Emma pflegen. Diese Emma Klöpfer befindet sich zurzeit in Haft, denn sie ist verdächtig, an den Stuttgarter Einbrüchen ihres Bruders beteiligt gewesen zu sein. Die Stuttgarter Kriminalpolizei glaubt, daß auch die Schulseinbrüche in Stuttgart zu Anfang des Jahres von Klöpfer begangen worden sind. Klöpfer hatte ein sehr bewegtes Leben hinter sich, und zahlreiche Einbrüche begangen. Als er verhaftet wurde, fand man bei ihm eine Diebesbeute im Wert von 50—60 000 Schweizerfranken, darunter viel Juwelen.

Todesfälle. Erst 55 Jahre alt starb hier Oberregierungsrat Gustav Klein, der Vorstand des Hauptzollamts Stuttgart. Von 1913—1925 war der Verstorbenen in Friedrichshafen als Grenzkontrollleur tätig. — Im Alter von nahezu 77 Jahren ist hier Rechnungsrat a. D. Emil Freiherr Keller von Ravensburg nach langem Leiden gestorben. Er stammte aus Rodolzell i. B. und war bei der Intendantur des 13. Armeekorps tätig.

Vorgehen der Polizei gegen Mäcker. Die Polizei ist bereits heute im Laufe des Nachmittags gegen Maskengruppen eingeschritten. Die allerlei Unfug trieben. So wurden am Schloßplatz vier Personen verhaftet. Um allen Ausschreitungen energisch entgegenzutreten zu können, ist der Polizeistreifen dienst erheblich verstärkt worden.

Cannstatt, 9. Febr. Diamantene Hochzeit. Das Jubelpaar Gottlob Blatner und Wilhelmine, geb. Warth, das am 8. Februar des Jahres 1872 zu Untertürkheim getraut wurde und das vor zehn Jahren in der Stadtkirche sein goldenes Ehejubiläum beging, wurde gestern nachmittag in der überfüllten Stadtkirche zum drittenmal zur diamantenen Hochzeit eingeseget. Der Jubelbräutigam ist 85, seine Frau 80 Jahre alt. Der Reichspräsident und das Stadtoberhaupt, der Staats- und der Kirchenpräsident haben Glückwunschkarten geschickt.

Der fingierte Raubüberfall in Cannstatt vor dem Schnellrichter. Der angebliche Raubüberfall in Cannstatt, bei dem einem Lehrling 2300 Mark Lohngehälter geraubt worden sein sollten, fand rasche Aufklärung und nun Aburteilung vor dem Schnellrichtergesicht in Cannstatt. Angeklagt war der 18 J. a. Formerlehrling Robert W o h l s i e h, der 27 J. a. geschiedene Mechaniker Reinhold W ü l l i c h und eine 24 J. a. Sekretärin, sämtliche aus Cannstatt. Das Urteil lautete bei W ü l l i c h auf 10 Monate und bei Wohlisch auf 3 Monate Gefängnis. Die Sekretärin wurde freigesprochen.

Aus dem Lande

Rödingen O. E. Ehlingen, 9. Febr. Tot vom Rad gestürzt. Gestern nachmittag stürzte in der Plocher Straße der Maurer Karl Kieser tot vom Fahrrad. Er hatte einen Schlaganfall erlitten.

Kornweilheim, 9. Febr. Entlassene Betriebsräte. Vor dem Reichsgericht wurde am Samstag die Klage gegen die Firma Salamander, Kornweilheim, verhandelt. Bekanntlich hat die Firma bei der letzten Betriebsratswahl vier rote Betriebsräte entlassen. Das Reichs-

gericht hat nunmehr, wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, entschieden, daß die Entlassungen zu Unrecht erfolgt sind. Die Firma wurde deshalb zur Welferzahlung des Lohns verurteilt.

Lorch O. Wetzheim, 9. Febr. Römerturm freigelegt. Hier ist in der Nähe eines Spielplatzes, unweit der Straße, ein weiterer Turm aus der Römerzeit freigelegt worden. Die freigelegten Teile werden demnächst von Sachverständigen geprüft und untersucht werden. Lorch hat damit eine weitere Sehenswürdigkeit gewonnen.

Wird das Kloster verkauft? Das Kloster, in dem noch das Finanzamt, das am 1. April d. J. aufgelöst wird, untergebracht ist, soll nach Auszug des Finanzamts verkauft werden. Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gang.

Waldstetten O. Gmünd, 9. Febr. Baumfrevler. In letzter Zeit hat sich hier ein gewissenloser Baumfrevler bemerkbar gemacht. So wurden dem Landwirt Konrad Wabel am Ufer des Waldstetter Baches 4—6 Bäume mehrmals angebohrt und die Löcher mit Salzsäure ausgegossen. Die Löcher sind teilweise 20 Zentimeter tief und so schräg gebohrt, daß die Flüssigkeit nicht mehr zurückweichen kann. Sämtliche Bäume wurden größtenteils bis auf das Herz angebohrt.

Dehringen, 9. Febr. Erfroren. Vorgestern früh wurde auf der Straße zwischen Gleichen und Neuwirtschhaus der 58jährige ledige Chr. Messerschmidt von Oberrot tot aufgefunden. Vermutlich ist er in angetrunkenem Zustand in den Straßengraben gestürzt und erfroren.

Stetten i. R., 7. Febr. (Jubiläum). In seltener körperlicher und geistiger Frische feierten die Eheleute Karl und Pauline Schlegel, die Eltern des Herrn Malermeisters Schlegel in Wildbad, das Fest der goldenen Hochzeit. Dem geschätzten Jubelpaar wurden von allen Seiten Glückwünsche und Ehrungen dargebracht.

Gaildorf, 9. Febr. Der Pferdemarkt. Der gestrige Gaildortier Pferdemarkt ist auch zum 5. Mal wieder ein voller Erfolg geworden. Gegen 200 Pferde, darunter 67 Zuchtstiere, für die Prämierung bestimmt, wurden beigegeben. Am Nachmittag bewegte sich ein Festzug durch die Stadt. In langer Reihe wurden die prämierten Pferde mitgeführt. Der Handel war lebhaft.

Reutlingen, 9. Febr. Ein Teil der Beute wieder beigegeben. Dieser Tage wurden einige Personen verhaftet, die mit der Schwinderei einiger hiesiger Burschen in Verbindung stehen. Die Polizei hoffte damals, noch einen ansehnlichen Betrag des erzwungenen Gelds wieder aufzufinden. Einer der falschen „Kriminalen“ hat dann auch in der Haft den Aufbewahrungsort des ihm zugeteilten Gelds verraten. Eine Summe von 1800 RM. konnte in der Zwischenzeit wieder gefunden werden. Die fünf Verhafteten werden sich wegen Hehlerei vor dem Richter zu verantworten haben.

Geislingen a. S., 9. Febr. Schutzdamm gegen Hochwasser. Die Fils hat während der letzten Jahre öfters bei Hochwasser unterhalb der Altentädter Turnhalle Biesen und Verkehrsstraße überflutet und die Häuser bei der Brücke an der Oberhöhringer Straße in Not gesetzt. Die Stadt hat nun während der letzten Wochen einen Schutzdamm aufwerfen lassen. Die benötigten Bodenmassen stammen von den Ausbesserungsarbeiten am Mannsbach im letzten Sommer. Zur Ausführung der Dammarbeiten wurden Wohlfahrtserwerbslose beigezogen.

Göppingen, 9. Febr. Auch ein Zeichen der Zeit. Eine hiesige Schnelllohrlei hat dieser Tage neubesohnte Schuhe, die von ihren Eigentümern nicht mehr abgeholt wurden, verkauft. Die Preise bewegten sich von 20 Pfennig an aufwärts. Der Absatz war gut. Vorwiegend handelte es sich um Schuhe, deren Besitzer wohl aus Mangel an Geld die frischbesohnten Stiefel nicht mehr holen konnten.

Ulm, 9. Febr. Statistik des Wohlfahrtsamts. Im Kalenderjahr 1931 wurden vom städt. Wohlfahrtsamt und Jugendamt laufend unterstützt 1126 wohlfahrtserwerbslose Personen, 499 zufällig Unterstüchte, 718 Ortsarme, 420 Kleinrentner, 629 Sozialrentner, 106 Kriegsbeschädigte oder Kriegrentner, soweit diese nicht bei den Arbeitslosen sind, 344 Minderjährige, zusammen 3842 Parteien. 363 befinden sich dauernd in Heimen. Dazu kommen noch die Abteilungen für Naturalienleistung usw.

Schnürpflingen O. Laupheim, 9. Febr. Einbrüche. Nachts wurde hier in der Handlung F. Schilling und bei Schuhmachermeister Seb. Kafensteiner eingebrochen. Als Schilling in den Laden kam, fand er sämtliche Türen und drei Fenster offen stehen. Da die Bemühungen der Einbrecher nach Geld vergeblich waren, ließen sie Hosenträger, Schlupfhosen, Zigaretten und Schokolade mitlaufen. Bei Schuhmachermeister Kafensteiner wurden in der Werkstatt aus dem Fenster vier Paar Schuhe sowie ein Kleinkaliberstutzen zur Minnahme bereitgestellt. Inzwischen wurde aber Kafensteiner wach und stand auf. Die Einbrecher suchten unter Zurücklassung ihrer Beute das Weite.

Biberach, 9. Febr. Neue Ortsbezeichnung. Nach einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ist dem Beschluß des Gemeinderats Unterdettingen, Oberamt Biberach, vom 21. Dezember 1931, der Gemeinde Unterdettingen die Bezeichnung Dettingen an der Ulm zu geben, zugestimmt worden. Die aufgehobenen Teilgemeinden Unterdettingen und Oberdettingen bestehen als Teilorte fort.

Laubbach O. Saulgau, 9. Febr. Bei der Ortsvorstehervahl wurde der bisherige Ortsvorsteher Hugo Kreisle wiedergewählt.

Ravensburg, 9. Febr. Beamter vermisst. — Abmangel in der Kasse. Seit Sonntag vormittag wird der Leiter des hiesigen städt. Kärlsorgans, Oberrechnungsrat Schneider, vermisst. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt. Es wurde sofort eine Revision der Kasse vorgenommen. Es dürfte ein Abmangel vorhanden sein.

Jöppriß-Prozess

Esslingen, 9. Febr. In der heutigen Vormittagsverhandlung im Prozess Jöppriß erstattete der Sachverständige Nathan aus Ulm, der die Firma Gebr. Jöppriß wirtschaftlich beriet und zur Vermeidung eines Konkurses einen Liquidationsvergleich mit einer garantierten Quote von 30 v. H. durchgeführt hatte, sein Gutachten zur Frage des Konkurses vor. Nach der Ansicht des Sachverständigen ist die Anklage auf unrichtigem Weg, wenn sie beanstandet, daß der mit der Firma J. G. eingegangene Sicherungs-

übereignungsvertrag nicht in die Bilanz aufgenommen wurde, da eine Verpflichtung hierzu nicht besteht. Es sei unzulässig, vorzufaktieren, ohne daß bestimmte Aufträge hierzu vorliegen. Dem Angeklagten einen Strich daraus zu drehen, daß er seinen Auftrag zu Abstrichen am Warenkonto gab, hält der Sachverständige für nicht berechtigt. Dagegen hätte Dr. Jöppriß sich bei der monatlichen Rohbilanz Gedanken über ein Defizit von 5—600 000 Mark machen müssen, die in der folgenden Monatsbilanz nicht mehr erschienen, und da hätte er erkennen müssen, daß Abstriche gar nicht gemacht sein konnten. Es sei ohne Bedeutung, ob die Krüger-Aktien, als sie in die Gesellschaft eingebracht wurden, Eigentum des Angeklagten waren oder nicht. Dafür sei aber der Angeklagte den Gegenwert der Aktien schuldig gewesen. Durch den Erwerb der Aktien sei der Angeklagte aber auch auf jeden Fall eine neue Schuld von 750 000 Mk. eingegangen und seine Firma somit insgesamt 1,8 Mill. Mk. schuldig geworden. Der Sachverständige glaubt, Dr. Jöppriß habe die Uebersicht wohl deshalb verloren, weil er sein Privatvermögen zu sehr mit dem Geschäftsvermögen verknüpfte.

Univertitätsprofessor Kieger bezeichnete den Sicherungsübereignungsvertrag als nicht buchungsfähig. Beim Vorfaktieren der Halbfertigwaren könne weder von einer Bilanzverschleierung noch von einer Fälschung gesprochen werden. Es komme höchstens eine leichte Verzerrung des Bilanzbilds in Frage. Den Buchungsvorgang mit den Krüger-Aktien hält der Sachverständige für völlig unanfechtbar, allerdings unter der Voraussetzung, daß Dr. Jöppriß die Aktien selbst gekauft hat und daß sie nicht durch die Firma erworben wurden.

Lokales.

Wildbad, den 10. Februar 1932.

Sitzung des Gemeinderats am 9. Februar 1932.

Anwesend: Vorsitzender und 14 Mitglieder, sowie acht Zuhörer. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte insbesondere Stadtrat Kieser, der nach glücklicher Genesung von längerer Krankheit erstmals in der Gemeinderatsitzung wieder anwesend sein konnte.

1. Gesuch um Ausführung des Ortswegs in Sprollenhaus als Notstandsarbeit. In einer Eingabe vom 25. Januar 1932, unterschrieben von den meisten Einwohnern von Sprollenhaus, wird um die baldige Ausführung der Verbesserung bzw. Verbreiterung des Ortsweges in Sprollenhaus ersucht mit dem Vorschlag, die Arbeit im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuführen. Der Vorsitzende führt dazu aus, daß die Verbesserung des Ortsweges schon lange auf dem Programm der Stadtverwaltung stehe, durch die Ungunst der Zeit aber nicht ausgeführt werden konnte. Durch freiwilligen Arbeitsdienst könne und dürfe die Arbeit nicht ausgeführt werden, da es sich um keine zusätzliche Arbeit handle; wohl aber bestehe die Möglichkeit, sie als Notstandsarbeit zur Ausführung zu bringen. Nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt stellt dieses in Aussicht, die Arbeit mit 3 Mark pro Tag und Arbeitslosen zu fördern; aber nur unter der Bedingung, daß nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die das Arbeitsamt zuweist. Wenn sich die Arbeitslosen in Sprollenhaus dazu verstehen würden, zu dem Lohn von 3 Mark die Arbeit zu verrichten, zugleich eines kleinen Zuschusses durch die Stadt, der aber nicht mehr wie 25 Pfg. pro Tag betragen würde, wäre die Ausführung der Arbeit so gut wie gesichert. Das Stadtbauamt schätzt die Kosten der Herstellung des Ortsweges auf 8000 Mark; es wird mit 2000 Arbeitstagen gerechnet, so daß der größte Teil der Kosten durch die Förderung seitens des Arbeitsamtes gedeckt würde. Zur Ausführung soll als erster der Teil von der „Krone“ bis zum Kallenbronner Straße kommen, als zweiter der Teil von „Krone“ bis zum Friedhof. In der Aussprache erklärt Stadtrat Schanz, daß über die Notwendigkeit der Arbeit wohl kein Zweifel bestehe; der gute Wille sei schon lange vorhanden gewesen, aber es sei nichts geschehen; das alte Kollegium solle heute zeigen, daß sie für Sprollenhaus etwas übrig haben. Die Stadträte Frische, Pfau, Huzel, Klotz und Stephan stimmen den Ausführungen des Vorsitzenden und des Stadtrats Schanz zu und weisen u. a. auf den gesteigerten Autoverkehr hin; der Straßenkörper habe schon nachgegeben usw. Empfohlen wurde, mit den Anliegern Verhandlungen zu pflegen, um namentlich den zweiten Teil des Weges ausführen zu können. Stadtrat Waldelicher würde es begrüßen, wenn den Arbeitenden ein größerer Zuschuß seitens der Stadt gewährt und die Rennbachstraße gerade so wie der Ortsweg als Notstandsarbeit ausgeführt würde. Der Vorsitzende wiederholt, daß die Stadt keinen größeren Zuschuß leisten könne; man solle keine großen Hoffnungen hegen wegen der Beschäftigungsmöglichkeit, da nur diejenigen beschäftigt werden dürfen, die das Arbeitsamt zuweist, sonst falle die verstärkte Förderung fort. Stadtrat Huzel bittet, die Arbeit nicht an der Höhe des Stadtschusses scheitern zu lassen. Der Gemeinderat beschloß sodann einstimmig: 1. Das Stadtbauamt zu beauftragen, Pläne und Boranschlag auszuarbeiten und 2. an das Arbeitsamt die Bitte zu richten, die Verbesserung des Ortsweges in Sprollenhaus als Notstandsarbeit zu genehmigen und die verstärkte Förderung angebeihen zu lassen. Ein Zusatzantrag von Stadtrat Bott, auch mit den Borarbeiten für die Rennbachstraße zu beginnen, wird dahin beantwortet, daß die Pläne fertig sind; nach einem Schreiben der Ministerialabteilung mit den Straßen- und Bachverbesserungsarbeiten aber nicht begonnen werden darf, solange die Beschaffung der Mittel nicht geklärt sei; die Ausführung der Sammellärmanlage müsse zuerst erfolgen. Stadtrat Bott kündigt Anträge an, auf welche Weise in Zukunft Mittel beschafft werden können. Der Vorsitzende bezweifelt, daß diese Anträge durchgehen werden, da das Kräfteverhältnis im Gemeinderat sich nicht besonders ändern würde.

2. Neubereitstellung des Sprengwagens. Die Gummibereitstellung der Hinterräder des Sprengwagens muß erneuert werden; es liegen gleiche Angebote vor von den Firmen Schrafft, Tubach jun. und Kirchslechner. Da die letzteren beiden Firmen mit den bisherigen Lieferungen bedacht wurden, wird dieser Auftrag der Firma Frisch Schrafft übertragen.

3. Sonstiges. Die Ortsgruppe Wildbad des Bundes der Kinderreichen hat eine Eingabe an die Wohnungskreditanstalt gerichtet, in der die Erstellung von Eigenheimen als eine Notwendigkeit dargestellt wird. Der Gemeinderat beschließt, die Eingabe weitgehend zu unterstützen und bei der Wohnungskreditanstalt beiführend dafür einzutreten. In einer zweiten Eingabe bittet dieselbe Ortsgruppe, der Gemeinderat möge mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Verhandlungen treten, damit die Ortsgruppe des Bundes der Kinderreichen das Baugelände vor der Paulinenstraße bis zum Cavakoweg fest in die

Hand bekommt. Der Gemeinderat beschließt, sein Versprechen zu halten; er wird das Baugelände Zug um Zug zum Zwecke der Bebauung abgeben und zwar zum Preise von 50 Pfennig für den Quadratmeter. Zu einer ganzen Abtretung des Geländes wird sich die Gemeinnützige Baugesellschaft nicht hergeben. — Pfästerer Karl Bött will oberhalb der Turnhalle ein Zweifamilienwohnhaus mit je drei Zimmern und Küche erstellen. Unter den gleichen Bedingungen, wie den Bauherren Krauß und Rohmer, wird ihm ein Bauplatz überlassen (Quadratmeter 2 Mark). Sattler Robert Schmid erstellt an der Latenbergrstraße ein Einfamilienwohnhaus; die Stadt übernimmt die hälftige Ausfallbürgschaft und die Bürgschaft bei der Oberamtsparafasse bis zur Fertigstellung des Baues. An beiden Baugesuchen wird die Bedingung gefnüpft, daß nur hiesige Handwerker und Arbeiter beschäftigt und bei Vermietung nur hiesige Wohnungssuchende berücksichtigt werden. — Die Vergütung, die das Hotel Klumpp für ihre Kellame an der städtischen Scheuer beim Lautenhof an die Stadtkasse zu entrichten hat, wurde auf Antrag der Hotel Klumpp A.-G. von 100 auf 80 Mark herabgesetzt. — Der Vorsitzende berichtet sodann über folgende Sache: In Berlin besteht ein Verein zur Errichtung ev. Krankenhäuser; so hat dieser Verein in verschiedenen Städten des Reiches Krankenhäuser errichtet, u. a. in Berlin das Dr. Martin Luther-Krankenhaus, an dessen Spitze als Chefarzt der Bruder unseres Bürgermeisters, Prof. Dr. Baegner, wirkt; weitere Krankenhäuser stehen in Gütersloh, Wilhelmshelm (Hannover) usw. Der Vorsitzende empfiehlt, den Bau eines Krankenhauses in hiesiger Stadt mit Hilfe obigen Vereins in Erwägung zu ziehen. Das Bedürfnis nach einem Krankenhaus sei in Wildbad vorhanden; alle Bäder, wie Mergentheim, Nauheim, Freudenstadt u. a. haben schon Krankenhäuser; die Villa Weigel würde sich für den Zweck sehr gut eignen. Nach einem Briefwechsel, der mit dem Verein gepflogen wurde, empfiehlt dieser, nachdem er grundsätzlich seine Bereitwilligkeit erklärt hat, mündliche Verhandlungen in Berlin. Nach einer Aussprache, an der sich die Stadträte Hüzel, Stephan, Frische, Pfau und Großmann beteiligten, wurde beschlossen, Stadtrat Dr. Grunow nach Berlin zu entsenden, der Verhandlungen mit dem Verein führen soll, auf welcher Grundlage sich der Bau eines Krankenhauses ermöglichen läßt. — Die Mietautovereinigung ersucht in einer Eingabe um Herabsetzung der Zahl der Wagen von 20 auf 15; die zugelassenen Kraftwagen sollen einer Haftpflichtversicherung angehören; eine Uebertragung der Wagen auf andere Personen darf nicht stattfinden. Die Beschlußfassung über diese Eingabe wird auf Vorschlag des Vorsitzenden auf die nächste Sitzung verschoben. — Der Vorsitzende verliest sodann die Eingabe der Stadträte Bött und Waidelich. Sie handelt von der Benützung eines städtischen Schullokals durch den sogenannten Singkreis und gipfelt in dem Antrag, die Benützung städtischer Schullokale von der Genehmigung des Gemeinderats abhängig zu machen. Das Rektorat und der Leiter des Singkreises, Oberlehrer Kern, haben sich zu der Eingabe schriftlich geäußert und wurden diese Ausführungen ebenfalls zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. In der Aussprache wurde festgestellt, daß politischen Vereinen städtische Schulräume nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen; wenn Leute irgendwelcher Parteien das Bedürfnis haben zu singen, haben sie es in anderen Lokalen zu tun. Stadtrat Waidelich fordert gleiches Recht für alle; der Ortsausschuß Wildbad des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes müsse auch die Genehmigung für Benützung des Vereinszimmers in der Turnhalle einholen und eine Gebühr von 1 Mark zahlen. Beschlossen wurde, daß städtische Schulräume nur nach vorheriger gemeinderätlicher Genehmigung überlassen werden dürfen. — Der Vorsitzende berichtet zum Schluß über die Ergebnisse des Preisabbaus in hiesiger Stadt. Die Brotpreise betragen für den 3 Pfund-Laib Schwarzbrot 60 Pfg., 1/2 Pfund-Laib Halbweißbrot 35 Pfg., Doppelweid 8 Pfg., Milchbrot und Brezel 5 Pfg. Die Bemühungen, den Brotpreis auf 56 bzw. 33 Pfg. herabzusetzen, wie z. B. in Reuenbürg, waren ohne Erfolg. Die Bäckermeister motivierten dieses u. a. damit, daß der Mehlpriß schon wieder gestiegen sei. Erheblich herabgesetzt sind die Fleischpreise; der Milchpreis wurde auf 24 und 26 Pfg. festgesetzt. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 500.

Schluß der Sitzung 5 Uhr. — In Gegenwart der beiden Herren Geistlichen folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung der Ortsfürsorgebehörde.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 11. Februar:
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gumnastik, 7.10: Wetterbericht, 10.00: Schallplatten, 10.45: Nachrichten, Zeitangabe, 11.00-11.15: Radiosches Funkwerkstattkonzert, 12.00: Wetterbericht, 12.15: Funkwerkstattkonzert, 12.35: Rundfunkkonzert von Billy Graham, 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Schallplattenkonzert, 14.30: Spanischer Sprachunterricht, 15.00: Englischer Sprachunterricht, 15.30: Stunde der Jugend, 16.30: Vortrag: „Das Haus, die Geschichte seines Bestehens“, 17.00: Konzert 18.30: Zeitangabe, Landwirtschaftsnachrichten, 18.40: Vortrag: Vom Manufaktur zur Wäcker, 19.05: Tägliche Besprechungen: Angehörige und Arbeiter, 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, 19.35: Musikalische Grundbegriffe — Ihr Brief und Ihre Bedeutung, 20.05: Englische und Schottische Studentenlieder, 21.00: Zeitbericht, 21.30: Volkstanzkonzert Op. 4 von Hans Eisner, 22.15: Zeitangabe, Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, 22.35-23.30: Klaviermusik IV.

Freitag, 12. Februar:
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gumnastik, 7.10: Wetterbericht, 10.00: Konzert, 10.45: Funkwerkstattkonzert, 11.00-11.15: Nachrichten, Schwebelicht, Zeitangabe, 12.00: Wetterbericht, 12.05: Funkwerkstattkonzert, 12.35: Altkadetten-Konzert, 13.00: Helene Waldmann-Konzert, 13.30: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplattenkonzert, 14.30-15.00: Englischer Sprachunterricht, 16.45: Frauenklub von Weßle, 17.00: Konzert, 18.30: Zeitangabe, Landwirtschaftsnachrichten, 18.40: Vortrag: „Unsere Kraft, ein Ansporn für Jung und Alt“, 19.05: Vortrag: Die Aepfelreife und ihre Bekämpfung, 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, 19.45: Mandolinkonzert, 20.15: Drei in der Felle (Hörspiel), 20.30: Brau-Muß der Kattunen, 22.15: Zeitangabe, Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, Sportbericht, 22.35-24.00: Tanzmusik.

Samstag, 13. Februar:
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gumnastik, 7.10: Wetterbericht, 10.00: Schallplatten, 10.45: Nachrichten, Schwebelicht, Zeitangabe, 11.00-11.15: Radiosches Funkwerkstattkonzert, 11.30: Schallplattenkonzert, 12.00: Wetterbericht, 12.05: Funkwerkstattkonzert, 12.35: Schallplattenkonzert, 13.00: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Wetter- und Schwebelicht, Schallplattenkonzert, 15.15: Stunde der Jugend, 16.20: Zeitbericht, 16.30: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Wetter- und Schwebelicht, Schallplattenkonzert, 17.00: Konzert, 18.15: Vortrag: „Die Wasserversorgung in Wildtenberg“, 18.40: Vortrag: „Die Wanderschau“ I, 19.05: Spanischer Sprachunterricht, 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Sportbericht, 19.45: Die Ostküsten, 20.30: Geographische Abreise, 22.15: Zeitangabe, Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, 22.35-23.00: Tanzmusik, Als Einlage aus dem Sportpalast Berlin: Uebertag vom Sechstagesrennen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die entthronte deutsche Schönheitskönigin. Vor einiger Zeit war eine junge Freiburgerin, die 17 J. a. Ruth Behnen zur deutschen Schönheitskönigin erwählt worden, Freulein Behnen ist seit einem halben Jahr verheiratet. Sie hätte von rechtswegen gar nicht an der Schönheitskonkurrenz

teilnehmen dürfen, da die Konkurrenzbedingungen ausdrücklich nur ledige junge Damen zulassen. Dem mit der Feststellung der Teilnehmerliste beauftragten Justizrat und Notar hat sie ihre Eheverbindung verheimlicht. Vermutlich wird die Angelegenheit ein gerichtliches Nachspiel haben.

Großer Darlehensschwindel. In Wättingen und Umgebung wurden dieser Tage 26 Inhaber von sogenannten Finanzbüros verhaftet, die Darlehensschwindel in großem Stil betrieben hatten. 516 Fälle sind bereits untersucht worden, in denen sie sich für ihre angeblichen Bemühungen um Kredit recht ansehnliche Gebühren geben und in einigen Fällen die Kosten von Auslandsreisen vorschließen ließen, um dann die leichtgläubigen Geldsucher mit dem Bemerkten abzupfeifen, ihre Bemühungen seien fehlergeschlagen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Fabrikbrand in Swinemünde. In der Nacht zum Dienstag sind in Swinemünde die Anlagen der Panola-Alkylgesellschaft, Spezialfabrik für Holzverlebung, drei Hallen mit über 300 Quadratmeter, vollständig abgebrannt. Große Mengen Kunst- und Sperrhölzer sowie Holzwohle boten dem Feuer reiche Nahrung. Die Feuerwehren aus Swinemünde und Umgebung sowie einige Kompagnien der Marineartillerie wurden aufgeboden. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf über 1/2 Million Mark geschätzt. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Schloßbrand. Das Schloß Vellinggen-lez-Hal bei Ainderlecht in der Nähe von Brüssel, das aus dem 15. Jahrhundert stammt, brannte mit allen Kunstschätzen bis auf die Grundmauern ab.

Bergung des Wasserflugzeugs von „M 2“. Das Wasserflugzeug, das an Bord des englischen Unterseeboots „M 2“ war, ist an die Oberfläche geschafft worden.

Die Ursache des englischen U-Boot-Untergangs. Die „Daily Mail“ meldet: Nach den Berichten der Taucher ist der Untergang des U-Boots M 2 anscheinend darauf zurückzuführen, daß die Tür des vor dem Kommandoturm auf dem Verdeck angebrachten Flugzeugschuppens beim Aufsteigen des U-Boots zu früh geöffnet wurde und daß hierdurch Wasser hineintrömte. Die Taucher haben bis jetzt die Leichen von zwei Offizieren im Kommandoturm gefunden.

Englische Kriegsflugzeuge vom Schneesturm überrascht. Ein englisches Kriegsflugzeuggeschwader, das von Bagdad nach Kairo unterwegs war, geriet an der syrischen Küste in heftigen Schneesturm. Drei Flugzeuge werden vermißt, drei wurden bei einer Notlandung im Gebiet der Ozebel-Draße schwer beschädigt. Dabei wurde ein Offizier und ein Sergeant verletzt. — Zwei der vermißten Flugzeuge wurden von drei anderen Flugzeugen, die nach ihnen suchten, aufgefunden; sie hatten Notlandungen vornehmen müssen. Die dritte Maschine wurde von Eingeborenen zuletzt auf dem Flug in der Richtung auf den See von Galiläa gesehen.

Grubenunglück. In einem Schwefelbergwerk bei Calaniffetta (Sizilien) explodierten bei der Entzündung einer Sprengmine Gruben gas. Zum Glück befanden sich von den etwa 1000 Arbeitern zur Zeit der Explosion nur 18 im Schicht. Von diesen wurden sechs tödlich verletzt, die übrigen haben außer Verletzungen auch schwere Gasvergiftungen davongetragen, so daß es zweifelhaft ist, ob sie mit dem Leben davonkommen.

Zwei Kinder im Auto verbrannt. In Berlin-Wandsbek waren am Sonntag zwei 6jährige Knaben auf dem Fahrersitz eines Lastkraftwagens herumgeklettert und hatten anscheinend mit Streichhölzern gespielt. Plötzlich explodierte der Benzintank des Autos, dessen Fahrerhäuschen gleich darauf in Flammen stand. Ehe Hilfe herbeigeeilt war und das Feuer gelöscht werden konnte, waren die Kinder in den Flammen umgekommen.

Erfolgreicher Einbrecher. In der Nacht zum Samstag wurden in Berlin von wohlausgerüsteten Einbrecherkolonnen in drei Eindrücken Geld und Waren im Wert von 45 000 M. erbeutet.

Zwei Tote bei einem Motorradunfall. In der Nacht zum Sonntag verlor auf der Landstraße Freiburg-Gelderquart der Gutsbesitzer von Almoerden die Gewalt über sein Motorrad, streifte einen Verteilungsmaß und fuhr gegen ein Tor. Der Gutsbesitzer sowie der auf dem Sozius sitzende Gutspächter von Bergen waren auf der Stelle tot, während eine im Beiwagen befindliche dritte Person leichtere Verletzungen erlitt.

Selbstmord zweier Schwestern. Bei Frohe (Prov. Sachsen) wurden aus der Elbe zwei mit einem Strick zusammengebundene weibliche Leichen geborgen. Die eine der Leichen trug um den Hals eine Westkapfel, in der sich zwei Feuerbestattungsscheine befanden. Es handelt sich um zwei aus Bernigerode stammende Schwestern im Alter von 67 bzw. 64 Jahren, die die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen haben.

Schlagwetterexplosion in Belgien. Am Sonntag früh ereignete sich in einer Kohlengrube bei Marcienne (im Becken von Charleroi) eine Explosion schlagender Wetter. Der Unglückschacht liegt in einer Tiefe von 1260 Meter. Sieben schwer verletzte Bergleute konnten geborgen werden, zwei von ihnen sind bereits gestorben. 18 weitere Bergleute sind eingeschlossen. Da man Klopfzeichen vernahm, hofft man, wenigstens einige von ihnen retten zu können. Inzwischen sind 2 Tote geborgen worden.

Raubmord. In der Hernaller Straße in Wien wurde die Frau des Juwelenhändlers Löw in ihrem Laden überfallen und tödlich verletzt. Der Räuber entfloß mit einer Anzahl wertvoller Gegenstände.

Landflucht in Amerika. Im Jahr 1931 sind fast eine Million beschäftigungslose Personen von den landwirtschaftlichen Gebieten des Mississippistrom nach 52 größeren Städten gezogen. New York allein hat in dieser Weise 250 000 Einwohner mehr erhalten, Chicago 200 000 und Philadelphia 50 000. — In Deutschland hat dagegen bekanntlich eine Großstadtfucht eingesetzt.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 6. Februar

Unausfallbares Abschmelzen des Goldbestandes.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Februar 1932 hat sich in der verfloßenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schatz, Lombards und Effekten um 210,2 auf 3773,4 Millionen RM. verringert. Der Umlauf der Reichsbanknoten hat um 131,0 auf 4276,1 Mill. RM., derjenige an Rentenbankfaktoren um 7,8 auf 412,0 Mill. abgenommen. Die fremden Gelder zeigen mit 332,9 Mill. RM. eine Abnahme um 60,7 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 19,5 auf 923,3 Mill. RM. abgenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 1,7 auf 146,8 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 25,1 v. H. gegen 24,8 v. H. in der Vorwoche.

Weitere Zunahme der Wohlfahrts-erwerbslosen

Die Wohlfahrts-erwerbslosen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtetags im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende Januar 1 195 000 Wohlfahrts-erwerbslose (Dezember 1 108 000) ermittelt. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 8 v. H. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrts-erwerbslosen (insgesamt 124 000) sind Jugendliche unter 21 Jahren. Außer den Wohlfahrts-erwerbslosen mußten diese Städte Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen.

Heute
frische Fische

Cablan Pfd.	32
Filet	52
Bückinge	25

1 Liter Dose mit
Bismarckhering, 65

Besonders billig:
 Vollast, Schweizerkäse Pfd. 1.00 Mt.
 Allgäuer Limburger Pfd. 45 und 38
 Reines Schweinefleisch Pfd. von 48 an
 Frische Eier 10 Stück von 78 an

Täglich frische
Trink-Eier aus eigener
Farm. Stück 10

Nur bis Samstag:

1 1/2 Weizenrieß
1 1/2 Voll-Reis
1 1/2 Erbsen, gelbe halbe
1 1/2 Suppen-Rudeln

zusammen nur **95**
und 5% Rabatt

LUCER

Die Grund-, Gebäude-, Gebäude-
entschuldungs- und Gewerbesteuern
für Monat Februar 1932
sowie die rückständigen Steuern werden am
Donnerstag den 11. Februar 1932
vormittags 10 bis 12 und 2 bis 6 Uhr,
im Sitzungssaal des Rathauses entgegengenommen.
Wildbad den 9. Februar 1932. Stadtkasse.

Gasthof zur Sonne
Heute und morgen
Schlachtpartie
wozu freundlich einladet
David Wurster.

Die Gemeinden
beziehen die zur
**Anmeldung der Schusswaffen
und Munition**
notwendigen Formblätter (Anmeldung mit Bescheinigung, Verzeichnis der angemeldeten Schusswaffen und Munition, Bekanntmachung der Anmeldepflicht) bei der
Buchdruckerei Wildbader Tagblatt
als Mitglied der Formulargenossenschaft Württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H. Stuttgart.

**Sämtliche Geschäfts-
u. Familien-Drucksachen**
liefert schnell und preiswert
die Druckerei des Wildbader Tagblatt

LIEDERKRANZ

Heute abend 8.00 Uhr
Singstunde

Wer sucht Geld?
Ab 500 Mark in jeder Höhe. Bau-,
Hypotheken- und Darlehensgelder.
Keine Vermittlung, Auskunst kostenlos
durch Otto Eigel, Pforzheim,
Kiehlstr. 4. Nachweislich laufende
Auszahlungen unv. Interessenten.

Radfahrer!
Kauft Eure Bereifungen
beim Fachmann!
Fahrerdmäntel von 2. A an
Schläuche 90 & sowie sämtliche
Ersatzteile billigst.

Carl Tubach jr.
Tel. 437.

Habe 14 bis 20
Geldgeber
für Hypotheken
und Bauten in jeder Höhe
zu 4 bis 5%.
Auskunft erteilt:
Karl Egel
neben der Bergbahn.

**1 Metall-
3 Holz-
4 Stahlmatr., Kinderbetten, Schlaf-
zimmer, Chaiselongues anPrivate,
Ratenzahlung. Katalog 2168 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).**